

Sperrfrist: 13. November 2014, 14:00 Uhr

**Ansprache anlässlich des Herbstempfangs des
Deutschen Aktieninstituts**

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union,
Brüssel, 13. November 2014

Werner Baumann

Präsident des Deutschen Aktieninstituts

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben den Zeitpunkt für diese Veranstaltung sehr bewusst gewählt. Seit dem 1. November ist die neue EU-Kommission im Amt. Und auch das neu gewählte Europäische Parlament widmet sich endlich wieder ganz den Sachthemen, und derer haben wir viele!

Lassen Sie mich daher die Chance nutzen und kurz umreißen, was aus Sicht des Deutschen Aktieninstituts in den kommenden fünf Jahren ganz oben auf der Agenda Kapitalmarktpolitik in Europa stehen muss. Es wird Sie wenig überraschen, dass diese Sichtweise auch die Quintessenz unseres Positionspapiers ist.

Wir sehen vordringlich folgende zwei Aspekte auf der europapolitischen Agenda:

Erstens und zuallererst müssen wir die Menschen wieder stärker für Europa begeistern. Ein geeintes Europa funktioniert auf Dauer nur, wenn die Menschen überzeugt hinter der Idee der Europäischen Union stehen. Von meinen Vorrednern weiß ich, dass sie dieses Anliegen in vollem Umfang teilen und sich persönlich täglich dafür einsetzen. Das ist eine Herkulesaufgabe, und wir wissen diesen großen Einsatz zu schätzen!

Doch es gibt eben auch die andere Seite der Medaille. Die Ergebnisse der Europawahl mit einem Zuwachs bei europakritischen Parteien haben sicher viele Gründe. Sie sind aber auch ein Indikator dafür, dass es in der schwierigen Phase der Finanz- und Wirtschaftskrise nicht immer gelungen ist, den Bürgern die Vorzüge des europäischen Binnenmarktes glaubwürdig zu erklären. Daran müssen wir alle zusammen arbeiten.

Die Besetzung der neuen EU-Kommission mit einer ganzen Reihe von erfahrenen Politikern ist daher ein wichtiges Signal an die Bürger Europas. Die neue Kommission will politischer werden. Damit verbinde ich die Hoffnung, dass es künftig besser gelingt, die Politik in Europa in eine Sprache zu übersetzen, die die Menschen verstehen.

Verbesserte Kommunikation allein wird aber nicht genügen. Wer Politikverdruss im Allgemeinen und Europaskepsis im Besonderen nur mit einem Kommunikationsdefizit erklären will, macht es sich zu leicht.

Im Alltag der Menschen in Europa ist Brüssel weit entfernt – oftmals nicht nur geographisch sondern auch emotional. Brüssel, so glauben viele, scheint andere Probleme zu haben als die Bürger in den Mitgliedsstaaten. Das hat natürlich etwas zu tun mit der vielzitierten

und ebenso oft missverstandenen Gurkenkrümmung, die ich hier aber nicht überbewerten will.

Das Unverständnis liegt sicher auch daran, dass der Gegenstand der Debatten häufig hochkomplex ist. Für Finanzmarktregulierungen gilt das allemal. Vielleicht sogar in verschärften Maße. Bürgernähe ist so sicher nicht einfach zu erreichen.

Trotzdem fragen sich nun einmal viele Menschen in Europa:

„Was eigentlich hat mir ganz persönlich die EU gebracht?“

Und damit bin ich bei meiner zweiten grundsätzlichen Bemerkung: Um die Europaskepsis zu verringern, müssen wir die Lebenssituation der Menschen verbessern, die unter den Folgen der Finanz- und Staatsschuldenkrise leiden. Das drängendste gesamteuropäische Problem ist aus meiner Sicht die Beschäftigungsmisere in vielen Ländern der EU.

Wir müssen für neue, wettbewerbsfähige Arbeitsplätze sorgen. Deshalb ist es auch richtig, dass Kommissionspräsident Juncker das Ziel hat, „neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen“ in Europa zu setzen

und dass er dieses Ziel zu einer seiner politischen Prioritäten erklärt hat.

Wachstum entsteht aus innovativen Ideen. Unternehmer mit innovativen Ideen sind aber nur eine Seite der Medaille. Ihnen geht schnell die Luft aus, wenn sie niemanden finden, der ein unternehmerisches Wagnis oder eine spätere Ausweitung der Geschäfte finanziert. Das sagt mir schon meine langjährige Erfahrung als Vorstand eines großen börsennotierten Unternehmens.

Die großen Innovationszyklen der Wirtschaftsgeschichte wären ohne die Bereitstellung von Kapital für Investitionszwecke nicht möglich gewesen. Das gilt für die Eisenbahnen im 19. Jahrhundert; es gilt aber ebenso wie für das Internetzeitalter und die Digitale Wirtschaft.

Sehr geehrte Gäste,

es ist daher meine feste Überzeugung, dass die Kapitalmärkte Teil der Wachstumsstrategie für Europa sein müssen. Sie können ihren Beitrag leisten können, und sie müssen es auch!

Kapitalmärkte dienen der Bereitstellung von Investitionskapital. Sie ermöglichen die Aufteilung eines großen unternehmerischen Risikos in kleinere Pakete und machen das Risiko so tragbar für jeden Einzelnen.

Im Gegenzug profitiert der Kapitalgeber von den Gewinnen der Unternehmen. Deshalb sind Kapitalmärkte gleichzeitig ein wichtiger Baustein für die Vermögensbildung privater Haushalte. Am deutlichsten sieht man das bei der Aktie, für die das Deutsche Aktieninstitut natürlich in besonderem Maße steht.

Neben der Finanzierung sind Kapitalmärkte auch für das unternehmerische Risikomanagement unverzichtbar. Sie ermöglichen es, Währungs-, Zins- oder Rohstoffpreisrisiken abzusichern, die nichts mit dem operativen Geschäft zu tun haben. Auch dies ist für Wachstum und Beschäftigung von hoher Bedeutung, denn Unternehmer können sich dadurch besser auf ihre eigentlichen Aufgaben konzentrieren.

Die Kapitalmarktunion, mit der die neue Kommission die Integration der Kapitalmärkte in Europa stärken will, sollte daher unbedingt mit Leben gefüllt werden.

Ich will deshalb in den verbleibenden Minuten den Versuch wagen, eine Grundphilosophie für diese Kapitalmarktunion aus Sicht des Deutschen Aktieninstituts zu formulieren. Diese besteht letztlich aus drei Elementen:

Erstens: Wir brauchen einen Perspektivenwechsel auf Kapitalmarktregeln. Kapitalmärkte sind – entgegen der

öffentlichen Wahrnehmung und einer weit verbreiteten Fehlvorstellung – nicht die Ursache von Problemen. Vielmehr bieten sie primär wirksame Instrumente zur Lösung von Problemen.

Nicht zuletzt wegen der Finanzkrise neigen wir verständlicherweise dazu, die Risiken aus dem Kapitalmarkt zu betonen. Um nicht missverstanden zu werden: Es war absolut richtig, als Konsequenz aus der Finanzkrise das Regelwerk der Kapitalmärkte nachzuschärfen. Auch die großen und erfolgreichen Anstrengungen der Politik und der Unternehmen im Krisenmanagement will ich wahrlich nicht klein reden. Da wurde in den vergangenen Jahren Enormes geleistet. Meine Anerkennung dazu will ich an dieser Stelle ausdrücklich formulieren.

Gleichwohl wird es in der nächsten Zeit genauso wichtig sein, die positive Rolle von Kapitalmärkten für das Wachstum und die Beschäftigung in Europa anzuerkennen und durch entsprechende Maßnahmen zu fördern.

Dazu müssen die Bedürfnisse der Unternehmen, die sich über den Kapitalmarkt finanzieren und ihn für das Risikomanagement nutzen, bei der Regulierung der Märkte größere Beachtung finden. Börsennotierte Unternehmen haben heute zahlreiche Pflichten im Hinblick auf Trans-

parenz, Wohlverhalten und Corporate Governance zu erfüllen. Diese dienen für sich genommen jeweils dem Investorenschutz oder der Minderung von Risiken. Daran ist grundsätzlich nichts Falsches.

Nur: Die Nachfrageseite nach Kapital ist hierdurch inzwischen erheblich belastet! Zahlreiche junge, innovative, vielversprechende Wachstumsunternehmen werden gar vom Börsengang abgeschreckt.

Die seit Jahren sinkende Zahl börsennotierter Unternehmen in ganz Europa muss uns zu denken geben. Wer diesen Trend umkehren möchte, muss dies durch eine bessere Balance in den Regeln ermöglichen. Nur dann werden die Unternehmen an die Börse zurückkehren oder andere Kapitalmarktfinanzierungen wieder intensiver nutzen.

Daher auch meine **zweite** Kernforderung: Wir brauchen eine umfassende Analyse der Wirkungen und Wechselwirkungen bestehender Kapitalmarktregeln. Inhaltlich muss es dabei zuallererst darum gehen, Konsistenz herzustellen. Die Regulierung des Kapitalmarktes muss einem einheitlichen und widerspruchsfreien Zielsystem folgen. Einen Grundwiderspruch hatte ich eben schon erwähnt. Wer das erklärte Ziel der Stärkung der Kapitalmarktfinanzierung ernst nimmt, muss sich der Debatte

um die Intensität der Regulierung börsennotierter Unternehmen stellen.

Ich bin überzeugt, dass viele Regeln des Kapitalmarktes von Bürokratie befreit werden könnten. Politische Grundsatzentscheidungen müssen dadurch übrigens nicht in Frage gestellt werden. Beispiele für unnötige Bürokratie finden sich in den Reportingpflichten der Derivateregulierung, aber jüngst auch bei der geplanten Umsetzung der Marktmissbrauchsverordnung.

Es versteht sich von selbst, dass das Wirken der europäischen Aufsichtsbehörden in die Wirkungsanalyse einbezogen werden muss – und zwar bevor über zusätzliche Kompetenzen der europäischen Aufsichtsbehörden gesprochen wird! Dazu haben die Aufsichtsbehörden mittlerweile faktisch eine zu große Bedeutung für die täglichen Compliance-Pflichten der Unternehmen, aber auch für den Prozess der Rechtssetzung in Europa.

Drittens: Was für die bestehenden Regeln des Kapitalmarktes gilt, muss natürlich auch für die künftigen gelten. Wir wünschen uns für die Zukunft, dass neue Regulierungsvorschläge gründlicher zu Ende gedacht werden. Diese Gründlichkeit hat in der Vergangenheit häufiger gefehlt. Der Zeitdruck in der Krise war hierfür sicherlich eine Ursache. Dennoch frage ich mich, ob es wirklich nötig

war, innerhalb einer Legislaturperiode mehr als 40 Kapitalmarktvorhaben und unzählige Begleitvorschriften zu verhandeln.

Konsistente Regelungen sind so kaum zu erreichen – bei allem Engagement der beteiligten Politiker und aller Wachsamkeit der Öffentlichkeit. Deshalb müssen wir uns in Zukunft einfach mehr Zeit nehmen. Dadurch vermeiden wir unbeabsichtigte Folgen von Kapitalmarktregeln und vorschnelle politische Festlegungen. Außerdem können anstehende Maßnahmen einfach besser priorisiert werden.

Eine sorgsamere Analyse wünsche ich mir in Zukunft zudem im Hinblick auf die Subsidiarität. Dies gilt zum Beispiel für die Debatte um die Corporate Governance von börsennotierten Unternehmen. Mir scheint, die EU-Kommission versteht nicht immer, dass sich für ein und dasselbe Problem der Unternehmensführung und Unternehmenskontrolle unterschiedliche institutionelle Lösungen entwickelt haben. Schon der Respekt vor den nationalen Rechtstraditionen gebietet es daher, nationale Lösungen nicht vorschnell einer Harmonisierung zu unterwerfen.

Meine Damen und Herren, damit bin ich am Ende meiner Ausführungen.

Europaparlament, EU-Kommission sowie jeder einzelne EU-Mitgliedstaat stehen in den kommenden fünf Jahren ohne Zweifel vor großen Herausforderungen. Es geht im Kern darum, Europas Innovationskraft zu bewahren, zu stärken und damit für Wachstum und Beschäftigung zu sorgen. Das wird letztlich auch eine größere Akzeptanz der Brüsseler Institutionen und der europäischen Idee bei den Bürgern bewirken.

Wachstum und Beschäftigung werden wir aber nur mit einer starken und wettbewerbsfähigen industriellen Basis erreichen. Die Industrie wiederum braucht eine stabile Finanzierung und einen leistungsfähigen Kapitalmarkt. Das Verständnis, dass Kapitalmärkte einen positiven Beitrag zu Wachstum und Beschäftigung leisten, muss in den nächsten fünf Jahren wiederbelebt werden.

Die Politik kann mit besser ausbalancierten Rahmenbedingungen für Unternehmen und Finanzdienstleister einen großen Beitrag leisten. Aber natürlich sind auch die Akteure des Kapitalmarktes gefordert – also die Banken, Versicherer, Fondsgesellschaften, Börsen und börsennotierten Unternehmen. Sie müssen mit ihrem Verhalten beweisen, dass Kapitalmärkte letztlich dem Wohlstand der Menschen dienen.

Das Deutsche Aktieninstitut und all seine Mitglieder, die quasi ein Spiegelbild der gesamten deutschen Wirtschaft sind, stehen der Brüsseler Politik für Gespräche gern zur Verfügung. Nutzen Sie bitte unsere Erfahrung und unsere Ideen. Gemeinsam kann uns in den nächsten Jahren viel gelingen! Europa braucht starke Partner. Sprechen Sie uns an!

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen jetzt viel Erfolg, guten Appetit, angenehme Gespräche und interessante Gesprächspartner.